

## **Thesen piratische Außen- und Sicherheitspolitik, 2. Potsdamer Konferenz –**

**Piratenbeer MdL, Juli 2012**

### **Fragestellung:**

- I. Zusammenarbeit der Piraten auf allen Ebenen - außerparlamentarisch, parlamentarisch, national, international
- II. Verantwortung der Bundeswehr – der europäischen Streitkräfte in der heutigen Gesellschaft

### **Unter Voraussetzung des Grundkonsenses unter uns Piraten,**

dass wir real existierende Strukturen anerkennen ( UNO, NATO, OSZE, Streitkräfte)

wir unserem Grundsatz der Transparenz und der Basisdemokratie eine Stärkung der parlamentarischen Kontrolle, Mitsprache und Transparenz aller Organisationen anstreben,

global denken und regional handeln,

die Zivilgesellschaft stärken wollen

### **I . entwickle ich am Beispiel der Rüstungsexportproblematik folgende Ebenen gemeinsamen Handelns:**

**Zielsetzung:** wir wollen erreichen, dass Rüstungsexporte sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU offengelegt werden. Nur dies bietet die Möglichkeit, international verantwortlichen Handelns im Sinne der Gemeinschaft. Dazu setzen wir uns für folgende radikale Veränderungen ein:

- Die Entscheidungsgremien müssen auf allen Ebenen staatlichen und wirtschaftlichen Handelns transparent und politisch kontrolliert umgestaltet werden. Der Bundessicherheitsrat (Deutschland) <http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/bundessicherheitsrat.pdf> tagt als Geheimgremium. Die dort getroffenen Entscheidungen über Voranfragen aus der Industrie bzw. anderen Regierungen verfolgen in der Regel nicht friedens- und sicherheitspolitische Interessen, sondern wirtschaftliche und machstrategische. Der Bundestag hat keine Möglichkeit, die Entscheidungen des BSR zu kontrollieren, zu beeinflussen oder rückgängig zu machen. Die Berichtspflicht der Bundesregierung (jährlicher Rüstungsexportbericht) ist mehr Alibi als Nachweis. Hinzu kommt, dass er nicht alle Angaben enthält. Damit ist eine unabhängige Überprüfung bzw. parlamentarische Kontrolle unmöglich. Ein Verstoß gegen die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung <http://www.ag-friedensforschung.de/aktuell/Export-Richtlinien.html> durch die Bundesregierung selbst kann so nicht sanktioniert werden.
- Das gleiche Problem besteht im Hinblick auf den Europäischen Verhaltenskodex zu Rüstungsexporten <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:066E:0048:0049:DE:PDF> . Positiv auf

Ebene des Europaparlaments ist, dass jeder Kooperationsvertrag, der mit Ländern außerhalb der EU geschlossen wird, eine Menschenrechtsklausel [http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/dt/577/577923/577923de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dt/577/577923/577923de.pdf) enthält. Dies würde rein theoretisch durch das Parlament in Anspruch genommen würde, wenn ein Land, mit dem ein Kooperationsabkommen besteht, massiv gegen Menschenrechte verstößt. In der Praxis ist dies aber m.W. noch nicht angewendet worden. Gleichwohl ist es sinnvoll, wenn wir uns grundsätzlich für die Einführung einer Menschenrechtsklausel auf allen Ebenen einsetzen.

- Diese kann zum Zug kommen, wenn wir bestehende Geheimgremien auflösen und neue Kontrollgremien errichten, die transparent, d.h. öffentlich, tagen. In ihnen sollten die im BSR beteiligten Ministerien und Ausschüsse vertreten sein, ergänzt um einen überall zu schaffenden Menschenrechtsausschuss, der OSZE, Menschenrechtsorganisationen (wie Human Rights Watch, AI, Reporter ohne Grenzen). Sämtliche Exportentscheidungen unterliegen einer kontrollierbaren Endverbleibsklausel. Unabhängige Experten sind einzubeziehen, um auch potentielle Dual Use Güter einer strikten Kontrolle zu unterwerfen.
- Alle so getroffenen Entscheidungen für einen Export von Dual Use bzw. Rüstungsgütern sind vorläufig und ungültig, bis sie offengelegt werden und eine festzulegende Widerpruchsfrist (von 1 Monat) einspruchsfrei verstrichen ist.
- Parallel dazu wird innerhalb der EU (später auch im Rahmen der VN) ein Rat der Parlamente eingerichtet. Hier kommen regelmäßig Abgeordnete und Ratsmitglieder aller EU Mitglieder zusammen, um einen Austausch aller sicherheits- und außenpolitisch relevanten Entscheidungen zu beraten (hierzu gehören die Bereiche: Außen und Verteidigung, Menschenrechte, Umwelt, Wirtschaft, Innen und Entwicklung). Diese Treffen sind öffentlich und als Frühwarnsystem vor politischen Fehlentwicklungen zu verstehen.

### **Wir können wir Piraten – ausgehend von der heutigen Situation – diesen Politikwechsel erreichen?**

Die Berechtigung unserer Forderungen wird von einer Mehrzahl in der demokratischen Öffentlichkeit geteilt. Das geht weit über die Frage von Rüstungsexporten hinaus. Es gibt bereits zahlreiche Initiativen, NGOs und sonstige Bündnisse, die für die nukleare Abrüstung, Verhinderung von nuklearer Proliferation, gegen eine Militarisierung der EU Außengrenzen sich engagieren. Dieses GEGEN wollen wir positiv formulieren. Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, für eine Unterstützung der Opposition (z.B. Libyen, Syrien, Ägypten) ohne mit Rüstungsexporten regionale Konflikte weiter anzuheizen), etc.

Wir brauchen eine Informationsaustauschbörse zu Kernpunkten, die parlamentarisches Wissen zusammenführt (von Landtagsabgeordneten bis zu EP Abgeordneten) um gemeinsame Positionen für anstehende Wahlen (zunächst innerhalb der EU) in die politische Debatte einzubringen. Die bisherigen Diskurslisten der AG en (Außen, Europa, Umwelt, Agra, Innen, Wirtschaft, Soziales .....) sind dafür nicht geeignet. Um den Prozess zu vereinfachen, sollten Querschnittsbörsen in der jeweiligen Muttersprache stattfinden. Durch regelmäßigen Austausch im Rahmen von Vernetzungstreffen von Piraten aus allen Ländern unter Federführung der PPI (?) in Englisch könnten gemeinsame Positionen herauskristallisiert und in den Diskurs eingebracht werden.

Schon heute können wir, auch ohne dass wir in allen Parlamenten vertreten sind, mit unseren Kommunikationstools Druck auf politische Entscheidungsträger ausüben, wenn es z.B. um die Verhandlung des ATT, UN Arms Trade Treaty, geht.

## II. Die Rolle der Bundeswehr / Europäischen Streitkräfte in unserer Gesellschaft

### Unter Voraussetzung des Grundkonsenses unter uns Piraten:

- dass wir militärisches Eingreifen grundsätzlich kritisch sehen aber anerkennen, dass von Fall zu Fall der Einsatz von Streitkräften zum Schutz von Menschen / Stabilisierung in Konfliktregionen erforderlich ist
- eine Harmonisierung der nationalen Streitkräfte der EU Mitgliedsstaaten anzustreben ist, um nationale Interessenspolitik zu vermeiden
- wir einer Renationalisierung innerhalb Europas entgegenzutreten und für die demokratische Stärkung der EU eintreten
- angesichts der globalen Finanzkrise für eine drastische Reduzierung der Streitkräfte durchsetzen wollen

### Stelle ich folgende Aussagen zur Diskussion:

Krieg ist immer das Versagen von Politik. Krieg ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die Europäische Union ist ein Friedensbündnis, das seine Stärke im Bereich der „soft power“ hat. Demokratieförderung, Früherkennung, Konfliktprävention sind die europäischen Stärken, die gerade in Zeiten der Globalisierung weiter ausgebaut werden müssen. Die NATO ist kein Kriegsbündnis, sondern ein politisches Bündnis, das allerdings über Streitkräfte verfügt, die nur mit Mandat der UN zum Einsatz gebracht werden sollen. Wir wollen neue Wege beschreiten (siehe oben) um nationale militärische Alleingänge oder sogenannte „coalition of the willing“ zu verhindern. Da wir den Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz von Menschen (R2P) nicht grundsätzlich ablehnen, setzen wir uns für die Schaffung einer internationalen, unabhängigen Instanz ein, die neutral und unabhängig von wirtschaftlichen oder machstrategischen Interessen Einzelfallprüfungen vornehmen und Empfehlungen aussprechen soll.

Wie bereits im Bereich Kontrolle und Reduzierung von Rüstungsexporten wollen wir die Streitkräfte als Teil der Gesellschaft ebenso transparent gestalten. Soldaten sind keine Militaristen, die scharf darauf sind, in einen Einsatz geschickt zu werden. Da es eine Europäische Armee (SAFE) auf absehbare Zeit nicht geben wird, und wir gegen die Doppelung von militärischen Strukturen auf NATO und EU Ebene sind, fordern wir einen parlamentarischen Vorbehalt für alle Nationen, die über Streitkräfte verfügen.

Abgeordnete müssen Zugang zu allen politischen Bereichen haben (s.o.) um nach ihrem Gewissen eine Entscheidung für oder gegen den Einsatz von Streitkräften zu treffen. Ein möglicher Einsatz von Militär soll zukünftig immer im Zusammenhang mit dem Einsatz aller möglichen, nötigen und zukünftigen politischen Instrumenten (Entwicklungshilfe, THW, Polizei, NGOs, IOs) getroffen werden.

Nur dann ist eine Intervention politisch vertretbar und kontrollierbar. Unter den genannten Bedingungen ist eine zivil-militärische Zusammenarbeit ein wichtiger Stabilisierungsfaktor. Um die Ziele und die Aufgaben sowohl des Militärs als auch der NGOs, IOs u.a. auf- und miteinander abzustimmen, bedarf es transparenter Kooperationsregelungen, die für jeden Einzelfall flexibel zu gestalten sind.

Die Evaluierungen solcher Einsätze sind mindestens halbjährlich vorzunehmen. Hierbei sind alle Fachressorts (s.o.) und Organisationen einzubeziehen. Transparent durchgeführt führen Evaluierungen dazu, die Einsätze gesamtgesellschaftlich getragen werden und die Legitimation

immer wieder neu herbeigeführt wird, bzw. eine begründete Ablehnung erfolgt, die von der Politik umzusetzen ist.